

Der Grosse Rat Le Grand Conseil
des Kantons Bern du canton de Berne

Mittwoch (Nachmittag), 13. März 2019 / Mercredi après-midi, 13 mars 2019

Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion / Direction de la justice, des affaires communales et des affaires ecclésiastiques

73 2018.RRGR.213 Motion 074-2018 Graf (Interlaken, SP)
Zurverfügungstellung von Parkplätzen an sinnvollen Orten, so dass die Zahl von Fahrgemeinschaften von Pendlerinnen und Pendlern zunimmt

73 2018.RRGR.213 Motion 074-2018 Graf (Interlaken, PS)
Installation de parkings à des endroits stratégiques pour favoriser le covoiturage

Präsident. Wir kommen zum Traktandum 73, einer Motion von Grossrat Graf, Interlaken, SP: «Zurverfügungstellung von Parkplätzen an sinnvollen Orten, so dass die Zahl von Fahrgemeinschaften von Pendlerinnen und Pendlern zunimmt». Die Regierung lehnt diese Motion ab. Wir führen eine freie Debatte. Wünscht der Rat einen Unterbruch von 3 Minuten, damit Sie sich aussprechen können, oder können wir die Beratungen fortsetzen? – Wir setzen die Beratungen fort. Grossrat Graf, Sie haben das Wort.

Urs Graf, Interlaken (SP). Wir bleiben beim Thema der Fahrenden, aller einheimisch Fahrenden, den sogenannten Pendlern. Bei der Diskussion über unsere Motion mit Kolleginnen und Kollegen musste ich feststellen, dass Grossrätinnen und Grossräte aus ländlichen Regionen unser Anliegen sehr wohl verstehen, Vertreterinnen und Vertreter der Grossagglomerationen aber eher nicht. Das ist selbstverständlich ein Problem der Absender. Erlauben Sie mir deshalb, unser Anliegen an einem Beispiel aufzuzeigen. Vier bernische Vertreter eines schweizerischen Berufsverbands wollen ihre Jahreshauptversammlung in Egerkingen besuchen. Der eine wohnt in Laupen, der zweite in Köniz, der dritte in Ittigen und der vierte in Uetendorf. Keiner wird mit ÖV nach Egerkingen fahren, weil es zu aufwendig ist. Falls es aber auf dem Grauholzareal einen speziell ausgeschiedenen Pendlerparkplatz gibt, dann fahren die vier in ihren Autos auf den Pendlerparkplatz Grauholz und von dort an in einem Auto nach Egerkingen. Sie lassen also drei Autos im Grauholz. (*Unruhe / Agitation dans la salle.*) Konkrete Einsparung in diesem Fall: 300 Kilometer Autofahrt. Gerne präsentiere ich Ihnen einige Zahlen zum Pendeln in der Schweiz. 90 Prozent der Erwerbstätigen, nämlich 3,9 Millionen sind Pendler. – Es ist im Saal wirklich sehr laut. (*Grossrat Graf hält inne. / M. Graf marque une pause.*) 71 Prozent pendeln ausserhalb der Gemeinde. 52 Prozent der Pendler verwenden das Auto, 30 Prozent den ÖV, 15 Prozent gehen zu Fuss oder fahren mit dem Velo. Der Arbeitsweg ist durchschnittlich 14,8 Kilometer lang oder dauert 30 Minuten. Hinzu kommen 800 000 Ausbildungspendlerinnen und -pendler. Im Jahr 2017 gab es auf Schweizer Nationalstrassen 25 853 Stautunden, eine Erhöhung um 7,4 Prozent. Das ist ein volkswirtschaftlicher Irrsinn. Das Bedenklichste: Jedes Pendlerauto ist im Durchschnitt mit 1,1 Passagier bestückt. Aus meiner Sicht ist deshalb jede Massnahme, die diese Zahl verbessern oder wenigstens stabilisieren kann, aus ökologischen und ökonomischen Überlegungen richtig. Eine dieser Massnahmen sind sicher ausgewählte Pendlerparkplätze.

Ich möchte nun noch auf die Antwort des Regierungsrates auf diese Motion eintreten. Ich bin absolut einverstanden: Der ÖV ist zu priorisieren. Der ÖV ist aber gar nicht in der Lage, alle Pendlerinnen und Pendler aufzunehmen. Und nicht jede Pendlerbewegung ist ÖV-kompatibel. Es braucht einen intelligenten Mix von ÖV, motorisiertem Individualverkehr (MIV), mit vielen Park-and-ride-Standorten. Weiter wurde gesagt, dass neue digitale Mittel – Apps, Homepages et cetera – zur nötigen Vernetzung führten und dass die Koordination damit eigentlich erreicht werde. Aber, lieber Regierungsrat, die Pendlerinnen und Pendler müssen sich in der realen Welt irgendwo treffen. Eine Vernetzung in der virtuellen Welt reicht nicht aus! Arbeiten zwei Oberländer, der eine aus dem Kiental, der andere aus Krattigen, beispielsweise in Muri bei Bern, dann werden sie je mit dem eigenen Auto dorthin fahren, wenn sie nicht einen Pendlerparkplatz in Spiez haben.

Was will diese Motion? – Die Motion will die Identifikation der schon bestehenden Parkplätze, die Identifikation geeigneter Räume für Parkplätze, deren Propagierung und mittelfristig – das sage ich mit aller Deutlichkeit – die niederschwellige Realisierung von Parkplätzen an geeigneten Orten durch nicht aufwendige Bauten, sondern durch Nutzung bestehender Infrastrukturen, unter Mitarbeit des Kantons, der Gemeinden und des Bundesamts für Strassen (Astra).

Präsident. Wir kommen zu den Fraktionserklärungen; als Erstes für die BDP-Fraktion: Grossrat Leuenberger.

Samuel Leuenberger, Trubschachen (BDP). Ich nehme es vorweg: Die BDP hat grosse Sympathie für dieses Anliegen. Die BDP hat auch einige Vertreterinnen und Vertreter, die aus ländlichen Regionen kommen. Wie der Motionär bereits ausgeführt hat, verstehen wir sehr wohl, was der Motionär hier will. Es gibt in allen Fraktionen Grossrätinnen und Grossräte, welche solche Pendlergemeinschaften für die Fahrt zu Grossratssitzungen bilden. Diese wissen, wie das funktioniert, dass man sich an einem Ort, an einem neuralgischen Punkt trifft, an dem man die Fahrzeuge den ganzen Tag stehen lassen kann. Und nachher fährt man mit einem einzigen Fahrzeug in die Stadt. Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass insbesondere die Landbevölkerung, die dezentral wohnt, auf ein Fahrzeug angewiesen ist, damit sie von ihrem Wohnort oder von ihrem Wohnhaus bis zu einem Punkt kommt, ab dem man dann gemeinsam fahren kann. Bis vor einigen Jahren war das vielfach der Bahnhofplatz der entsprechenden Dörfer. Man stieg dann zwar nicht auf den Zug um, aus welchen Gründen auch immer, aber man konnte das Auto dort stehen lassen und konnte dann gemeinsam in die Stadt oder die Agglomeration pendeln. Leider begann die SBB ihre Parkplätze je länger je mehr zu bewirtschaften und eine entsprechende Parkgebühr zu verlangen. Diejenigen aus der Stadt mögen nun vielleicht behaupten, das sei ja nicht viel, das sei bezahlbar, wenn man sich ja auch ein Auto leisten könne. Kolleginnen und Kollegen, darum geht es nicht. Es geht um die Schwelle, dass man bezahlen muss, um das Auto parkieren zu können. Deshalb fahren viele wieder selbst, die früher auf den Bahnhofplätzen ihre Fahrzeuge deponiert haben und dann gemeinsam weiterfahren. Oder sie haben andere Parkplätze gesucht. Und solche Parkplätze, deren Förderung hier von den Motionären gefordert wird, gibt es eben nicht mehr so viele. Die Motion – und da verstehen wir sie vielleicht ein klein wenig anders als der Motionär – lässt auch offen, ob allenfalls solche Parkplätze erstellt werden könnten. Dort, wo es keine gibt, macht es durchaus Sinn, wenn der Kanton Hand bietet und schaut, dass solche Parkplätze erstellt werden könnten, beispielsweise durch Hilfe im Rahmen des Bewilligungsverfahrens oder mit Anreizen, nicht mit Förderungsgeldern, sondern mit Anreizen. Hier verstehen wir den Vorstoss definitiv als ganz kleines Puzzleteilchen zur Lösung der grossen Pendlerströme. Wir haben grosses Verständnis für diese Forderung. Wir bitten Sie, diesen Vorstoss anzunehmen.

Peter Sommer, Wynigen (FDP). Auch wir von der FDP haben, wie der Vorredner, gewisse Sympathien für diese Motion. Er sieht vor allem, dass im Pendlerverkehr die Auslastung der einzelnen Fahrzeuge gering ist. Trotzdem lehnen wir diesen Vorstoss ab. Mit dem Zurverfügungstellen von Pendlerfahrzeugen oder Pendlerparkplätzen wird das Problem unserer Meinung nach nicht gelöst. Die damit bezweckte Förderung von Fahrgemeinschaften ist weder effizient noch zielführend. Wir bezweifeln, dass mit einem grösseren Angebot von Parkmöglichkeiten Fahrgemeinschaften gefördert werden können. Dazu sind wir viel zu sehr Individualisten. Wenn jemand mit seinem Fahrzeug pendelt, hat das meist auch Gründe, sei es aufgrund seiner beruflichen Tätigkeit, sei es wegen der Erreichbarkeit seines Wohnortes oder aufgrund eines fehlenden ÖV-Angebots. Wir sind im Gegenteil sogar der Meinung, dass sich ein grösseres Angebot von Parkmöglichkeiten kontraproduktiv auswirkt und der Individualverkehr noch unterstützt und gefördert wird. Das läuft der Gesamtmobilitätsstrategie 2008 des Kantons Bern (*RRB 1337/2008*) zuwider, wonach Verkehr vermieden oder verlagert werden soll. Abgesehen davon gibt es bereits heute sehr viele Möglichkeiten zum Parkieren, wenn man Fahrgemeinschaften bilden will, und das nicht bloss bei offiziellen Park-and-ride-Anlagen, sondern auch im öffentlichen Raum. Ich denke da beispielsweise an Sportstadien, Einkaufszentren et cetera, die in der Regel sehr gut an das Strassennetz angebunden sind oder sogar in der Nähe eines Autobahnanschlusses liegen.

Die Regierung weist in ihrer Antwort auf die konsequente Förderung des öffentlichen Verkehrs hin. Dadurch lässt sich eine viel grössere Wirkung zur Reduktion des Pendlerverkehrs erzielen. Wir sind der Meinung: Wenn schon Parkmöglichkeiten, dann in der Nähe von Anschlussmöglichkeiten an den öffentlichen Verkehr, damit man dort auch auf den ÖV umsteigen kann. Dazu gibt es eine ganze

Menge guter Beispiele. Ich kenne das aus meiner eigenen Wohngemeinde. In unserem 2000-Seelen-Dörfchen verfügen wir beim Bahnhof über einen Parkplatz mit 90 Plätzen. Resultat: Wir erreichen eine genügend hohe Frequenz, damit der Regionalexpress bei uns Halt macht. Damit ist auch ein Anreiz geschaffen, dass man auf den ÖV umsteigt und einen Beitrag zur Reduktion des Pendlerverkehrs leistet. Im Namen der FDP-Fraktion bitte ich Sie, diesen Vorstoss abzulehnen.

Thomas Gerber, Hinterkappelen (Grüne). Beim Lesen der Begründung können wir die Haltung des Regierungsrates nachvollziehen. Wir Grüne unterstützen die erwähnte Gesamtmobilitätsstrategie des Regierungsrates: Verkehr vermeiden, verlagern und verträglich gestalten, und ja, die effizienteste Art einer Fahrgemeinschaft bildet immer noch der öffentliche Verkehr. Vor diesem Hintergrund können wir sicher auch nicht Ja sagen zum Bau neuer Parkplätze. Nicht nur, weil die Gelder und Ressourcen fehlen, sondern auch, weil das Auto ein absolut ineffizientes Verkehrsmittel darstellt. Macht es Sinn, 1,5 Tonnen in Bewegung zu setzen, um 1,1 Personen von A nach B zu transportieren? Das ist doch eine absolute Ressourcenverschwendung. Zudem steht ein Auto 23 von 24 Stunden auf einer Fläche, die, verglichen mit dem ÖV, zehnmal grösser ist, um dieselbe Leistung zu erbringen. Doch wenn man die Forderung genau liest und nachfragt, versteht man, dass es gar nicht um neue, sondern um die Nutzung bestehender Parkplätze geht und um die Nutzung neuer Kommunikationsmittel. Dann sieht das Ganze schon ganz anders aus. Neue Technologien würden uns ermöglichen zu kommunizieren, das Auto zu teilen, also Fahrgemeinschaften zu bilden, und so auch die Kosten zu teilen. Es gibt verschiedene Anbieter von Carpooling-Apps und Plattformen. Damit diese sich durchsetzen können, muss man auch einmal helfen, diese zu pushen. Deshalb unterstützen die Grünen diese Motion. Es gibt aber auch einzelne Gegenstimmen. Einem Postulat stimmen wir einstimmig zu.

Urs Buri, Hasle b. B. (SVP). Ich darf im Namen der SVP-Fraktion sagen: Bei vielen von uns rennt diese Motion offene Türen ein. Das hat sich herausgestellt. Die Motionäre erteilen der Regierung den Auftrag, ein Konzept zu erstellen und es uns später wieder vorzulegen. Es sollen Pendlerparkplätze sichtbar gemacht werden. Die SVP-Fraktion möchte aufgrund der von ihr geführten Diskussion klar festhalten, dass wir nicht explizit für den Bau neuer Parkplätze sind, sondern wir sind überzeugt, dass man zusammen mit den Regionen und Gemeinden nach bestehenden Lösungen suchen und diese dem Gesamtverkehr zur Verfügung stellen sollte. Wir haben den Eindruck, die Gesamtmobilitätsstrategie des Kantons aus dem Jahr 2008 – wir haben es bereits gehört – wolle Verkehr verlagern oder zuletzt auch verträglich gestalten. Das würde solchen Parkplätzen auf keinen Fall zuwiderlaufen. Ich glaube, gerade verträglich zu gestalten – dazu kann man sagen, dass es eine erträgliche Massnahme wäre. Ich glaube, wir kennen es.

Auf den Hauptverkehrsachsen haben wir täglich Staus. Das wurde oft genug erwähnt. Ich wohne auch in einer solchen Durchfahrtsgemeinde: Hasle-Rüegsau. Wir sprachen vor zehn Jahren, als man Strassen plante, von 14 000 Autos. Bei der neusten Zählung letzten Sommer waren wir bereits bei 19 000 Autos im täglichen Verkehr. Wir kennen es: Am Morgen und am Abend haben wir einen Stau. Wir werden uns ja in nächster Zeit mit entsprechenden Themen befassen, um dort eine Sanierung hinzukriegen. Ich glaube, es geht hier auch darum, ein Konzept zu erstellen. Wenn das am Ende nicht dem entsprechen sollte, was wir uns vorstellen ... Wir haben auch durchaus kritische Stimmen gehört, die Kosten auf uns zukommen sehen. Ein teures Konzept zu erstellen, das zuletzt nicht dem entspricht, was es bieten sollte – das sind sicher auch die kritischen Stimmen. Deshalb plädieren wir auch dafür, nicht von Anfang an auf neue Parkplätze zu setzen, Geld auszugeben, sondern nach bestehenden Lösungen Ausschau zu halten. Ich glaube, jede eingesparte Fahrt ist ökologisch sinnvoll, ökonomisch noch sinnvoller. Das haben wir auch bereits gehört. Jede eingesparte Fahrt wäre ebenfalls ein weiterer Schritt, um die CO₂-Emissionen im Kanton Bern zu verringern. Es wäre sicher auch ein Schritt für die Autofahrer: Schaut hin, fährt gemeinsam, leistet gemeinsam einen Beitrag für die Umwelt.

Barbara Stucki, Stettlen (glp). Ich spreche hier vor leeren Reihen. – Naja, okay. Auch die Grünliberalen sind der Meinung, dass es sinnvoll wäre, wenn Pendler, die mit dem Auto unterwegs sind, vermehrt Fahrgemeinschaften bilden würden. Das hätte mehrere Vorteile, wie wir bereits gehört haben. Man würde weniger Kilometer fahren, damit würde man den CO₂-Ausstoss reduzieren, es hätte weniger Autos, entsprechend auch weniger belastete Strassen und weniger Staus. Die glp-Fraktion findet deshalb den Vorstoss von Grossrat Graf grundsätzlich gut bis sehr gut. Wir sind allerdings auch der Meinung, dass die Stossrichtung des Regierungsrates, Pendler von der Strasse

auf den ÖV zu verlagern und Park-and-ride-Standorte zu fördern, aus ökologischer Sicht zielführender ist. Der Regierungsrat bezieht sich dabei aber auch auf die Agglomerationen und auf die Hauptverkehrsachsen zwischen den Zentren. Der Anschluss an den ÖV ist insbesondere in den ländlichen Regionen nicht zufriedenstellend, und die Anwohnerinnen und Anwohner sind auf ein Auto angewiesen. Deshalb macht es aus Sicht der glp-Fraktion Sinn, zu überprüfen, ob Pendlerparkplätze, eben im Sinne von Park-and-ride, oder Park-and-Fahrgemeinschaft vermehrt ausserhalb der Stadt und Agglomeration umgesetzt werden könnten. Wir haben es in den Voten bereits gehört: Man kann die Motion so oder so verstehen. Deshalb schlagen wir dem Motionär vor, in ein Postulat zu wandeln. Diesem würden wir dann zustimmen. Wir haben gerade letzte Woche wieder mehrere Vorstösse behandelt, die sich mit der Infrastruktur von Parkplätzen auseinandergesetzt haben. Wir haben gehört und gemerkt, dass sich dort die Anforderungen verändern und man in die Zukunft blicken muss. Wir sind der Meinung, eine saubere Abklärung wäre wichtig. Einer Motion würden wir mehrheitlich nicht zustimmen. Wir denken, es wäre der falsche Weg, wenn man jetzt beginnt, Plätze zu suchen, die man dann so präparieren könnte, dass man dort parkieren könnte.

Präsident. Für die SP-JUSO-PSA-Fraktion: Grossrätin Fuhrer.

Regina Fuhrer-Wyss, Burgistein (SP). Es ist mir schon klar, dass nach dieser intensiven und emotionalen Diskussion und der grossen Beteiligung der Mitglieder der Fraktion hier in der Mitte des Saals das Interesse an diesem Geschäft jetzt nicht mehr gerade gross ist. Es geht nicht um Wileroltigen. Es geht um Parkplätze. Wileroltigen, darüber haben wir jetzt abgestimmt. Ich hoffe doch, dass bei dieser Abstimmung wieder etwas mehr Leute im Saal sein werden. Für die SP ist klar: Die Herausforderungen im Verkehr, im Mehrverkehr der letzten und auch der nächsten Jahre, müssen gezielt mit der Förderung des öffentlichen Verkehrs angepackt werden. Ein qualitativ hochstehender öffentlicher Verkehr, der sich auch immer weiterentwickelt, ist zentral. Der SP ist gerade auch in den Zentren die Förderung des Veloverkehrs ein grosses Anliegen. Und selbstverständlich sind für uns die neuen technischen Möglichkeiten offensiv anzupacken und zu entwickeln. Das alles steht aber nicht im Widerspruch zur vorliegenden Motion. Dieser Vorstoss setzt sich mit den Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmern auseinander, die nicht den ÖV oder das Velo brauchen können, die teilweise aufgrund ihrer Wohnlage in den Randregionen auch nur eine schlechte ÖV-Erschliessung haben, sodass es ihnen deshalb nicht anders möglich ist, als erst einmal mit dem Auto loszufahren. Und von diesen Menschen gibt es eben noch ganz viele. Diese sieht man dann bestens – täglich in den Staus vor den Städten.

Die Motion möchte einen kleinen Beitrag leisten zur Entlastung dieser Stausituationen. Noch immer sind Pendlerautos meist von einer Person alleine besetzt. Das kann es doch nun wirklich nicht mehr sein! Dort wollen wir ansetzen. Dort wollen wir einen kleinen Beitrag dazu leisten, dass gerade diese fast leeren Pendlerautos ein klein wenig besser gefüllt werden. Es geht nicht um riesengrosse Parkplätze, über den ganzen Kanton verstreut, die man bauen soll. Es soll ein niederschwelliges Angebot sein. Parkmöglichkeiten sollen dort von den Gemeinden, gemeinsam mit den Gemeinden festgelegt werden, wo es sinnvoll und richtig ist, und so den Pendlern zur Verfügung gestellt werden. Diese Massnahme ist ein kleiner Mosaikstein in dieser Stauproblematik, ein kleines, aber wirksames Instrument, um Fahrgemeinschaften zu fördern. Mit diesem kleinen Aufwand soll ein Beitrag geleistet werden, damit die Autopendlerinnen und -pendler ihre Autos nicht mehr, wie bisher, mit 1,1 Personen – ich weiss nicht, wie man das macht, 1,1 Person; ich gehe jetzt einmal von einer Person aus –, sondern mit mehr als einer Person füllen. So machen sie etwas gegen den vielen Verkehr, den Stau und für die Umwelt. Wir stimmen dieser Forderung, dieser Motion klar zu.

Marc Jost, Thun (EVP). Für die EVP-Fraktion ist das eine gute Idee und insbesondere deshalb ein guter Vorstoss, weil es ja eigentlich darum geht, eine Mini-Machbarkeitsstudie umzusetzen. Es geht gemäss Motionstext ausschliesslich darum, «Standorte für Parkplätze zu identifizieren» und «ein Realisierungskonzept» vorzulegen. Also, es ist nicht viel mehr als ein Postulat, wenn ich das so sagen darf. Denn man sieht ja dann, ob es sich realisieren lässt oder nicht. Unsere Fraktion findet es gut, den ÖV zu fördern. Es ist aber nicht in jedem Fall die beste Lösung oder die einzige Lösung. Ich fuhr lange Zeit mit einer Fahrgemeinschaft an die Sitzungen des Grossen Rates. Ich musste dann aber doch auch feststellen, dass das gar nicht nötig ist, wenn man in einer Agglomeration wohnt, wie das bei mir der Fall ist, wo man mit drei Mal stolpern schon am Bahnhof ist. Es sind aber nicht alle so gut an den ÖV angebunden. Deshalb macht es sehr wohl Sinn, über die bestehenden Förderungen von ÖV und Park-and-ride hinaus solche Massnahmen zu prüfen.

Wir von der EVP haben den Eindruck, dass grosse Investitionen hier nicht im Sinne des Motionärs wären, sondern dass es eher um eine Umnutzung bestehender Plätze geht. Und ob der Aufwand dann wirklich unverhältnismässig ist, wie uns der Regierungsrat schreibt, sehen wir doch erst, wenn ein Konzept vorliegt und wir dieses genauer angeschaut haben. Wir entscheiden also hier und heute im Parlament nicht über Investitionen, sondern nur darüber, ob so etwas realisierbar wäre. Deshalb hat uns dieses grundsätzliche Desinteresse vonseiten der Regierung doch ein wenig irritiert. Wie gesagt, finden wir, das sei eine gute Idee, und möchten es, im Sinne des Motionstextes, sehr gerne näher anschauen.

Samuel Kullmann, Hilterfingen (EDU). Die EDU-Fraktion findet den Vorstoss besser, als er vielleicht auf den ersten Blick rüberkommt. Also, zuerst hatten wir auch eine gewisse Skepsis. Aber, da hat doch der eine oder andere aus unserer Fraktion Erfahrungsberichte weitergeben können, zum Beispiel aus Deutschland. Dort werden solche Parkmöglichkeiten bereits ausgiebig genutzt, um Fahrgemeinschaften zu bilden. Auch ich habe meine anfängliche Skepsis schnell beiseitelegen können. Denn ich habe eigentlich gemeint, jetzt stehe zuerst einmal im Vordergrund, dass man die modernen Technologien noch stärker fördere, beziehungsweise nicht behindere. Ich spreche hier auch von Ridesharing. Aber ich habe nachher schnell erkannt, dass es überhaupt nicht ein Entweder-oder ist, sondern dass die neuen Technologien und eine angepasste Infrastruktur Hand in Hand gehen und sich gegenseitig sehr gut ergänzen. Da gibt es aus unserer Sicht absolut Synergieeffekte, die man dringend nutzen sollte, wenn ich daran denke, wie viel Geld in den Unterhalt oder in den Ausbau von Strassen investiert wird, aber auch in den öffentlichen Verkehr. Aus meiner Sicht ist beides noch nicht das Ideale. Deshalb denke ich, es sei absolut berechtigt, dass man hier ganz gezielt auch Investitionen vornimmt, um die Möglichkeiten des Carsharings, des Bildens von Fahrgemeinschaften, zu fördern. Das wird für alle positive Auswirkungen haben, besonders auch für Leute im Individualverkehr, die nachher weniger im Stau stecken. Es wird gute ökologische Auswirkungen haben und für die einzelne Bürgerin, den einzelnen Bürger auch Möglichkeiten bieten, finanziell zu sparen. Ich hoffe, dass der Vorstoss eine Mehrheit findet. Wie gesagt, die EDU-Fraktion würde diesen auch in Form einer Motion begrüssen, selbstverständlich auch als Postulat.

Präsident. Wir kommen zu den Einzelsprechern, zuerst zu Grossrat Leuenberger, SVP.

Samuel Leuenberger, Bannwil (SVP). Die Motion, der Text, oder schon allein die Überschrift der Motion macht Sinn. Es geht darum, zu schauen, wie wir sinnvoll Fahrgemeinschaften fördern können. Der Fokus wurde auf den Bau von Parkplätzen gelegt. Ich denke, wir haben hier ganz viele andere Möglichkeiten. Wenn wir rein Parkplätze bauen und Park-and-Pool machen wollen, dann können wir auf die Webseite des Kantons Aargau gehen. Das Konzept, das diese haben, können wir eins zu eins übernehmen. Dazu müssen wir das Rad nicht neu erfinden. Der Kanton Aargau stellt am Rande der Autobahnen täglich 500 Plätze zur Verfügung, und diese sind – Sie können es selbst anschauen – zum Teil zu 100 Prozent ausgelastet. Diese 500 Autos sind dann schon mal nicht mehr unterwegs. Sinnvolle Orte: Dabei geht es ja darum, dass wir jetzt Ideen sammeln. Und ich mache es eigentlich fast wie Grossrat Trüssel heute Morgen: Ein Motionär muss nicht bis hinten raus alles zu Ende gedacht haben. Da kann man jetzt auch ein wenig die Verwaltung arbeiten lassen.

Dass der Kanton Bern, dass der Regierungsrat in der Antwort auf eine Studie von 2008 (*RRB 1337/2008*) zurückgreift, weckt Erstaunen. Wir haben es von verschiedenen Seiten gehört; seither sind ja immerhin mehr als zehn Jahre vergangen. Wenn wir wüssten, wie lange der Kanton Bern wahrscheinlich an dieser Studie gearbeitet hat, um diese Gesamtmobilitätsstudie 2008 zu definieren, dann sind vielleicht Gedanken darin enthalten, die schon fast zwanzig Jahre alt sind. Deshalb ist unbedingt auch miteinzubeziehen, dass man Gesetzesanpassungen macht, dass man sich im Rahmen von Baubewilligungsverfahren Überlegungen macht. Sinnvolle Orte können Raststätten sein, Einkaufszentren, Zufahrtsachsen, leerstehende Autobahnüberführungen. Ich glaube, da gibt es noch vieles; diese Aufzählung ist nicht abschliessend. Neue Parkplätze bedürfen einer Zonenordnung und Baubewilligung. Ich glaube, das ist auch jedem klar, und das ist auch nicht bestritten. Das wird auch in der Antwort gesagt. In der Antwort wird zudem gesagt, die eingereichte Motion sei auf das Einrichten von Parkplätzen fokussiert. Es kann aber auch sein, dass Orte oder eben Parkplätze oder bestehende Plätze privilegiert werden können. Wir kennen ja das Privilegieren von Parkmöglichkeiten im Rahmen von Mobility, von E-Mobilen, die zuvorderst parkieren können. Das ist auch für Pendler und Fahrgemeinschaften zu prüfen, sodass auch diese Teilnehmer Parkplätze

zur Verfügung haben können. Der Kanton Bern hat die Möglichkeit, im Rahmen der Sanierung der A1 zwischen Egerkingen und Luterbach diese Fragen jetzt auch entsprechend zu bewirtschaften und Überlegungen anzustellen. Wir haben gehört, dass der Kanton Aargau sein Konzept hat. Der Kanton Solothurn hat sich in Zusammenhang mit der Planung oder der Sanierung der A1 auch Überlegungen gemacht. Im Bericht des Kantons Bern zur Sanierung der A1 wird diese Variante von Pendlerparkplätzen mit keinem Wort erwähnt. Ich denke, diese Motion könnte dazu führen und wird auch dazu führen, dass sich der Regierungsrat gerade auch in Zusammenhang mit neuen Projekten Überlegungen in dieser Hinsicht machen muss. Stimmen Sie der Motion zu!

Beat Bösiger, Niederbipp (SVP). Sie kennen alle die Situation auf unseren Strassen, vor allem auf den Autobahnen. Täglich gibt es an mehreren Orten in unserem Kanton Staus, meistens am Morgen und während des Abendverkehrs. Der Verkehr nimmt jährlich zu. Die massiv zunehmenden Stautunden belasten unsere Wirtschaft enorm. Die Zusatzkosten und Stauzuschläge werden den Konsumenten weiterbelastet. Die meisten, die im Berufsverkehr unterwegs sind, das heisst, Handwerker, Transporteure, der ortsgebundene Individualverkehr, können nicht gut auf den ÖV umsteigen. Die Güter müssen für die Feinverteilung mit Last- und Lieferwagen transportiert werden. Diese Fahrzeuge müssen auf den Strassen fahren. Ein grosses Potenzial gibt es aber bei den Pendlern. Ich komme aus dem Oberaargau. Dort haben wir zwei Autobahnausfahrten: Wangen an der Aare und Niederbipp. Dort besteht ein grosses Bedürfnis nach Pendlerparkplätzen. Täglich parkieren Dutzende Autos meist halblegal auf Feldwegen, bei Restaurants oder auf irgendwelchen anderen Plätzen. Hätten wir dort mehr Parkplätze, würden mehr Pendler gemeinsam fahren. Wir könnten Duzende von Parkplätzen zur Verfügung stellen – sie wären täglich belegt. Alle diese Fahrzeuge, die auf Pendlerparkplätzen stehen, entlasten den Verkehr. Fahrgemeinschaften können nicht immer ab der Haustüre gebildet werden. Meist muss man eine Teilstrecke alleine fahren und dann gemeinsam in ein Auto umsteigen. Hat man die Möglichkeit, zu parkieren, ist der Anreiz vorhanden, und dann macht man es auch. Das müssen überhaupt keine Luxusparkplätze sein. Diese sollten wirtschaftlich betrieben werden können. Technische Hilfsmittel in Form von Apps und Digitalisierung kann man ergänzend einsetzen. Parkplätze an sinnvollen Orten fördern Fahrgemeinschaften, entlasten den Verkehr und unsere Umwelt. Ich werde diese Motion deshalb unterstützen.

Präsident. Ich erteile das Wort der Regierungsrätin Evi Allemann.

Evi Allemann, Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektorin. In der Debatte wurde sehr vieles, sehr Richtiges gesagt. Tatsächlich haben wir grosse Herausforderungen im Mobilitätsbereich. Wir haben ein prognostiziertes Verkehrswachstum, das immens ist. Wir haben neue technologische Möglichkeiten. Es ist dem Kanton Bern und insbesondere auch der Regierung ein Anliegen, dass Fahrgemeinschaften gefördert werden. Die effizienteste Art von Fahrgemeinschaft ist aber der öffentliche Verkehr, wie Sie in der Antwort des Regierungsrates lesen können. Nicht überall gibt es diesen ÖV. Das wurde richtigerweise erwähnt. Der Kanton Bern hat an jenen Stellen, an denen heute die ÖV-Erschliessung schwierig ist ... Dort macht die Förderung von Fahrgemeinschaften durchaus Sinn. Weshalb steht jetzt nicht der Verkehrsdirektor hier? Bisher wurden fast ausschliesslich verkehrspolitische Argumente genannt. Es ist, weil die Motionäre vom Kanton eine Planungsaufgabe fordern und deshalb die Planungsdirektorin zuständig ist. Es ist also eine neue Aufgabe, die der Kanton damit hätte, nämlich kantonseigene Parkplätze zu planen, in einem Konzept auch darzulegen, wo sich diese befänden; dies selbstverständlich in Zusammenarbeit mit den Standortgemeinden. Es stellt sich wirklich die Frage: Ist das die Aufgabe des Kantons? – Selbst wenn es noch so sinnvoll klingt, Fahrgemeinschaften zu fördern: Die Antwort der Regierung lautet klar Nein. Wir bitten Sie deshalb, diese Motion abzulehnen. Selbstverständlich heisst das nicht, dass man sich abwenden soll von Fahrgemeinschaften. Selbstverständlich heisst das auch nicht, dass man nicht neue technologische Möglichkeiten fruchtbar machen soll, um gewisse Mobilitätsfragen anzugehen. Ich bitte Sie aber im Namen der Regierung, diese Motion abzulehnen.

Präsident. Ich erteile das Wort noch einmal dem Motionär, Grossrat Graf.

Urs Graf, Interlaken (SP). Danke für diese Ausführungen, Frau Regierungsrätin. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich danke für die rege Diskussion. Ich möchte einfach zwei, drei Dinge dazu sagen. Die gewaltigen Umwelt- und Stauprobleme, die wir haben, die müssen wir ideologiefrei angehen. Wir dürfen nicht schwarz-weiss denken. Die FDP hat gesagt, damit sei das Problem nicht

gelöst. Das ist mir auch klar! Das Problem ist damit nicht gelöst. Um Probleme zu lösen, braucht es aber einen Strauss von Massnahmen, auch von kleinen Massnahmen, die in die richtige Richtung gehen. Ich bin selbstverständlich mit der Regierungsrätin einverstanden, dass der Königsweg der Pendler über den ÖV geht. Die Zahlen sind jedoch entlarvend! 52 Prozent aller Pendlerkilometer entfallen auf den MIV. Der ÖV kann zurzeit diese 52 Prozent gar nicht aufnehmen. Das weiss man heute. Wenn man das ideologiefrei betrachtet – es ist gar nicht möglich. Was wir aber jetzt wollen, ist eben eine Planung, die nicht Pendlerparkplätze dort erstellt, wo sie den ÖV konkurrenzieren, sondern dort, wo es sinnvoll ist, wo es kein neues Land braucht. Es geht darum, diese Orte zu identifizieren und zu realisieren, weil wir einen Verkehrsmix brauchen, um die zukünftigen Probleme zu lösen. Ich danke Ihnen. Ich werde nicht in ein Postulat wandeln. Ich bleibe bei der Motion und freue mich darauf, dass diese möglicherweise angenommen wird.

Präsident. Wir kommen zur Abstimmung. – Jetzt habe ich natürlich nicht aufgepasst. Die Motion wird aufrechterhalten. Gut. Wer die Motion annehmen will, stimmt Ja, wer diese ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung / Vote

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui 106

Nein / Non 18

Enthalten / Abstentions 13

Präsident. Sie haben diese Motion angenommen, mit 106 Ja- gegen 18 Nein-Stimmen bei 13 Enthaltungen.